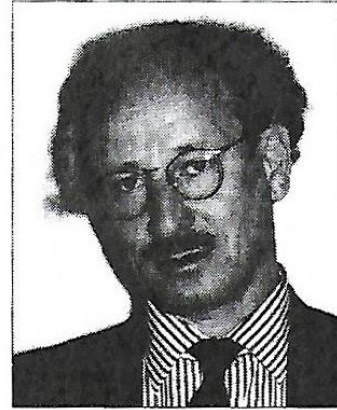


Studierende sind keine Kinder

Plädoyer für Hochschulreform, Studenteneinkommen statt Kindergeld und Studiengebühren

Bernd Marin

Direktor des Europäischen Zentrums, zuvor Professor für Vergleichende Politik- und Sozialforschung und Dekan der Gesellschaftswissenschaften der EU-Universität in Florenz



Studierende sind keine Kinder. Man sollte sie nicht als Kinder behandeln. Während wir unsere Kleinen früh zu Leistungsnerverln dressieren, halten wir junge Erwachsene ohne Beruf in kindlicher Abhängigkeit. Beide ängstlich angespannt, freudlos, ohne Selbstverantwortung. Den „Kindern ohne Kindheit“ entspricht eine Infantilisierung der Studiosi.

Dabei ist Lernen und Studieren Arbeit wie andere auch – außer, daß sie unbezahlt, meist länger als die Normalwerkwoche und oft stressiger oder öder ist als der Beruf. Dafür gilt sie als Investition in die Zukunft, die sich eines Tages „auszahlt“ durch bessere Lebenschancen und höhere Einkommen. Als einzige Arbeit darf sie nicht frei gewählt werden, der Staat verordnet Schulpflicht und versüßt sie durch allerlei Freifahrten. Vereinzelt gibt es sogar höhere Bildung gratis, weil man sich davon mehr Akademiker, Chancengleichheit und Begabungsförderung verspricht. Keine dieser Hoffnungen hat sich hierzulande erfüllt. Erstaunlich, wie wenig darüber debattiert wird.

Der Akademikeranteil ist nur noch in Ländern wie Portugal, Italien und Albanien niedriger als in Österreich. Nordamerika und Westeuropa, wo jede(r) dritte bis achte studiert, meist gegen Gebühr, schrecken paradox mit „Massenuniversitäten“ nur für „die Reichen“. Unsere Unis sind mit der halben Akademikerquote bereits überlaufen.

Die Begabungsreserven vor allem am Land werden nicht ausgeschöpft. Die Bildungsbarrieren haben sich seit Aufhebung der Studiengebühren 1973 nicht verringert. Dafür studieren jetzt fast 100% aller Akademikerkinder (obschon Arbeiterkinder mit Studienbeihilfen 30% mehr Erfolge haben). Aus der geforderten Öffnung wurde wirtschaftsfremde Milieuzucht im Umkreis beamteten Lebens: die Universitäten haben seit 1970 mehr Akademiker- als Arbeiterkinder hinzugewonnen; größere Mittel kommen bildungsnahen Schichten zugute; und zwei Drittel der Jungakademiker gehen von der Uni direkt in den öffentlichen Dienst. Kann sie die Wirtschaft nicht brauchen?

Solch ständische Politik kann man wollen, aber nicht einfach passieren lassen; weder unter progressiv-egalitären noch unter wirtschaftlichen Leistungsaspekten. Ein fast einmalig liberaler Zugang zur Gratis-Uni verdeckt weltferne Selbstbezogenheit. Selbst der Vorsitzende der Rektorenkonferenz hält unser „Ausbildungssystem (für) nicht auf der Höhe der Zeit“.

Die Universitäten bürokratisieren sich orientiert an Regeln, nicht an Zielen; ihren Angehörigen eher verpflichtet als den Inskribenten; aus pragmatisierter Sicherheit an Klienten und Umwelt vorbei. Sie verwalten vorab sich selbst: allein die Durchführungsbestimmungen zum UOG wiegen 5 Kilo. Erlässe-Dschungel statt kollegialer Selbstverwaltung und modernen Managements, Kontrolle und Evaluation.

Betreuung wird dürrer und trotzdem immer teurer: seit 1970 bei 4fachen Studentenzahlen 6fache Realausgaben. Die Hochschulen wurden gegenüber anderen Schulstufen begünstigt, und an den Universitäten die bildungsnahen Schichten. Nach Auffassung aller Experten wird viel Geld unwirtschaftlich ausgegeben. Ein Absolvent kostet den Steuerzahler bis zum Magisterium eine runde Million; was kostet die Mehrheit der Studienabbrecher?

Wenig drop-in, hohes drop-out: die meisten StudentInnen gehen auch ohne „knock-out-Prüfung“ k. o.: weniger als die Hälfte beendet ihr Studium, an manchen Fakultäten scheiden drei Viertel ohne Abschluß aus. Und die Minderheit der Absolventen braucht durchschnittlich 15 statt der vorgesehenen neun Semester. Ein Bachelor braucht sechs.

Doch Titel schaffen Zugang, Ansehen und höhere Einkommen. Nur die tüchtigsten brauchen sie nicht – außer im öffentlichen Dienst. Was soviel kostet und bringt, sollte auch was kosten dürfen. Studium auf Pump.

StudentInnen sind erwachsen, aber auch nur Menschen. Für rechtzeitigen Studienabschluß reicht eine 40-Stunden-Woche kaum. Dennoch arbeiten fast $\frac{2}{3}$ regelmäßig zusätzlich; weil sie müssen, nicht aus Erfahrungshunger. Es gibt keinen guten Grund, ihnen zu knappe Kinderbeihilfe aus Nichtakademiker-Haushalten zu zahlen und sie dennoch in Abhängigkeit von Eltern oder Nebenerwerb zu halten – oder vom Staat, anstatt für eigene Einkommen und großzügige Stipendien zu sorgen.

Vater Staat versagt bildungs- und sozialpolitisch: Familienbeihilfen für alle sind ein Mehrfaches der (mit 900 Millionen) völlig unterdotierten Studienbeihilfen für Förderungswürdige. Doch wer kann von monatlich 1950 öS Kindergeld bzw. 4.500 – 7.000 öS Höchststipendien (nur für die Bedürftigsten) wie leben? Wieviel sollen Werkstudenten neben ihrem Vollzeitstudium schuften, wieviel Taschengeld die Mehrzahl der Studenten von ihren Eltern erbetteln, damit alle ein nutzlos bescheidenes Kindergeld haben? Solche unwürdigen und unsinnigen Zustände kann nur ein allgemeines Studenteneinkommen beenden; das nur aus Studiengebühren finanziert werden kann.

Vorschlag für einen ersten Schritt. Studienerfolge nachzuprüfen bedeutet hohen Kontrollaufwand ohne Rückforderungsrechte: warum verzichten wir nicht auf soviel Berechtigungs-Bürokratie und verwenden das FLAF-Kindergeld sowie die Unterhaltsabsetzbeträge für eine sofortige Vervierfachung der Stipendien? Zuerst an

Bedürftige, dann an Fleißige für „Förderungs- und Leistungsstipendien“ und „Studienunterstützungen“.

Was tun, damit die Hochschulen studentenfreundlicher und leistungsfähiger werden? Wir brauchen keine vergammelte Uni, die ihr Geld nicht wert ist, auch wenn sie gratis ist. Die anspruchslos, lax, selbstbezogen, engherzig, bürokratisch, kostspielig, unwirtschaftlich und lebensfern ist, elitär ohne Eliten, in der nicht die besten Köpfe lehren und lernen, Leistung nicht lohnt, Studenten und Begabung nicht zählen und Herkunft ausgrenzt.

Tertiärbildung ist ein öffentliches *und* privates Gut, für das Gebührenfreiheit von unten nach oben umverteilt – und Bummeln belohnt. Ich selbst habe mit Studiengebühren begonnen, ohne sie abgeschlossen und an vielen Universitäten und Graduiertenkollegs unterrichtet. Am besten könnten, nach einem freien „Schnupper-Semester“, Studiengebühren und weitestgestreute Stipendien für Fortgeschrittene unabhängig von Bedürftigkeit, kombiniert mit einem allgemeinen Scholaren-einkommen sein; solange die Studenten dies über langfristige (zinsfreie bzw. steuerbegünstigte) Kredite, nach Maßgabe ihrer Einkommensvorteile, selbst finanzieren.

Das „Studienscheckmodell“ eines kostenlosen Regelstudiums mit steigenden „Straf“-Beiträgen für Verzögerungen löst weder das Problem unzureichender Mittel und Qualität der Unis, noch das ungenügender studentischer Einkommen und Selbständigkeit, noch das sozialer Fairness. Der Vorschlag der Industriellenvereinigung (2.500 öS Semestergebühren) ist erstaunlich unökonomisch: bis zum Doppelten wären die Einnahmen bemessen am Verwaltungsaufwand zu niedrig. Oder wollen wir wie in der BRD 60% für das Eintreiben von BAFÖG-Rückzahlungen aufwenden? Daher besser keine als bloß symbolische Gebühren, die weder die Hochschulen verbessern noch die Stipendienfonds vervielfachen. Beides wäre aber dringend nötig.

Sozialumbau heißt Umbau, nicht Belastungen ohne neue Rechte: ein großteils kreditfinanziertes Studium müßte endlich Studenteneinkommen und großzügige Stipendien ermöglichen. Sinnvolle Beiträge und Studenteneinkommen müssen daher ziemlich hoch, weil annähernd kostendeckend (ca. 125.000 Studien- plus 84.000 öS Lebenshaltungskosten jährlich) und universell (zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand) sein. Sie wären über Eckbezügen einkommensunabhängig rückzuzahlen.

Kreditfinanzierte Studenteneinkommen und Studiengebühren hätten viele Vorteile: sie würden Begabung und Einsatz prämiieren; Bürgerrechte von Bedürftigkeit abkoppeln; sozial Schwächere weniger abschrecken als belastendes Werkstudium und ungenügende Stipendien; die vielbeschworene Eigenverantwortung mündiger Bürger bei den Gebildeten stärken; den Staatssäckel entlasten und die hohen Schulen verbessern.

Wieviele Millionen im Laufe des Arbeitslebens dürfen wir Akademiker mehr verdienen als der Durchschnitt, ohne einen Bruchteil davon (einkommensabhängig) für die Ausbildung beitragen bzw. zurückzahlen zu sollen? Auf diese klaren Fragen sind klare – und baldige – Antworten gefragt.